3. 647. a (3) Nr. 18.

E d i k t

der k. k. Grundlasten = Ablösungs = und Regulirungskommission, betreffend die Anmeldung der in Gemäßheit des kais. Patent vom 5. Juli 1853 der Ablösung oder Regulirung unterliegenden Rechte und beziehungsweise Grundlasten.

Durch das kaiserliche Patent vom 5. Juli 1853 sind die Bestimmungen über die Regulirung oder Ablösung der Holz-, Weide- und Forstproducten-Bezugsrechte, dann einiger Servitut- und gemeinschaftlichen Besitz- und Benutzungrechte festgesetzt worden.

Nach §. 6 des gedachten kaiserlichen Patentes theilen sich die der Ablösung oder Regulirung unterliegenden Rechte in zwei wesentlich verschiedene Kategorien, und zwar:

- a) in solche, deren Ablösung oder Regulirung von Amtswegen erfolgen muß, und
- b) in solche, bei welchen die Ablösung oder Regulirung nur auf Verlangen eines interessirten Theiles (Provocation) vorzunehmen ist.

Sowie die Durchführung der Ablösung und Regulirung bei der unter a) bezeichneten Kategorie von Rechten durch die genaue Kenntniß der im Herzogthume Krain bestehenden, von Amtswegen abzulösenden oder zu regulirenden Rechte und der ihnen gegenüber stehenden Verpflichtungen bedingt ist, welche nur durch deren Anmeldung erlangt werden kann, eben so ist zur Vornahme einer Amtshandlung bezüglich der unter b) erwähnten Rechte das Ansuchen eines interessirten Theiles nothwendig, worin die Ablösung oder Regulirung ausdrücklich verlangt wird.

Es werden demnach alle weltlichen und geistlichen Personen, Gemeinden, Corporationen, Stiftungen und Fonde aufgefördert:

- a) Die nach den Bestimmungen des Patent vom 5. Juli 1853 von Amtswegen abzulösenden oder zu regulirenden Rechte, beziehungsweise Grundlasten, mit welchen ihr im Herzogthume Krain gelegener Grundbesitz belastet ist, mittelst förmlicher Anmeldungen zur Kenntniß der dazu bestellten Landes-Kommission zu bringen.
- b) Bezüglich der nur über Verlangen eines interessirten Theiles abzulösenden oder zu regulirenden Rechte aber, welche ihnen entweder auf einem im Herzogthume Krain gelegenen Grunde zustehen, oder als darauf haftende Grundlasten zu dulden sind, ihre allfälligen Provocationen bei derselben Landes-Commission zu überreichen.

Hierbei sind folgende Anordnungen zu beachten:

I. Abschnitt.

Bestimmungen über die Anmeldung der von Amtswegen abzulösenden oder zu regulirenden Rechte und beziehungsweise Grundlasten.

I. Nach dem kaiserlichen Patent vom 5. Juli 1853 unterliegen der Ablösung und Regulirung von Amtswegen folgende Rechte, beziehungsweise Grundlasten, nämlich:

1. Alle wie immer benannten Holzungs- und Bezugsrechte von Holz und sonstigen Forstproducten in oder aus einem fremden Walde;
2. die Weiderechte auf fremdem Grund und Boden;
3. alle nicht schon unter 1. und 2. mitbegriffenen Feldservituten, bei denen das dienstbare Gut Wald oder zur Waldkultur gewidmeter Boden ist; endlich
4. auch alle jene Einforstungen, Waldnutzungs- und Weiderechte, welche in den, dem Landesfürsten zu Folge Hoheitsrechtes zustehenden Wäldern verliehen, oder aus landesfürst-

licher Gnade gestattet wurden, und zwar selbst dann, wenn sie nach Maßgabe der über die Ausübung des Forsthoheitsrechtes bestehenden Gesetze und Vorschriften als widerruflich angesehen werden.

Alle diese Rechte und beziehungsweise Grundlasten sind demnach solche, deren Anmeldung von den dazu Verpflichteten unter Vermeidung der in diesem Edikte ausgedrückten Folgen geschehen muß.

II. Zur Einbringung der Anmeldungen sind die Besitzer der dienstbaren oder leistungspflichtigen Güter verpflichtet.

Hiebei haben

- a) für Minderjährige, Curanden und Erdatäre: die Vormünder, Curatoren, Vermögens-Verwalter und Concurssmasse-Vertreter;
- b) für geistliche Communitäten: der Vorsteher und drei Glieder der Communität;
- c) für weltliche Gemeinden: der Vorsteher mit einem Gemeinderathe;
- d) für weltliche moralische Personen, Corporationen und Gesellschaften: deren Vorsteherung;
- e) für Kirchen, Pfründen und Stiftungen: die Patrone und Vorsteher;
- f) für Staats-Fonds- und Stiftungsgüter: der Vorstand jener Behörde, welcher im Kronlande die Oberaufsicht über deren Verwaltung zusteht, einzuschreiten und die Anmeldungen zu unterfertigen.

Geschieht die Anmeldung durch einen Bevollmächtigten, so muß die von allen jenen Personen, welche nach den vorausgehenden Bestimmungen die Anmeldung selbst zu unterfertigen hätten, ausgestellte Vollmacht der Anmeldung angeschlossen werden.

Es genügt, wenn derlei Vollmachten auf die Durchführung des nach dem kaiserlichen Patent vom 5. Juli 1853 vorzunehmenden Ablösungs- oder Regulirungs-Geschäftes überhaupt, oder in Betreff eines bestimmten Gutskörpers oder Rechtes, beziehungsweise Grundlast ohne jede weitere Beschränkung lauten.

Auf Grundlage einer solchen Vollmacht kann der Machthaber bei den Ablösungs- oder Regulirungs-Verhandlungen überhaupt, oder rückichtlich des in der Vollmacht bezeichneten Gutskörpers oder Rechtes, beziehungsweise Grundlast insbesondere, rechtsverbindliche Erklärungen abgeben, Vergleiche rechtskräftig schließen, und Verzichtleistungen aussprechen.

Der Ehemann wird als gesetzlicher unbeschränkter Machthaber seiner Gattin angesehen, außer er wäre von ihr geschieden, oder selbst nicht eigenberechtigt, oder es würde diese stillschweigende Ermächtigung ausdrücklich widerrufen.

Anmelder, welche im Herzogthume Krain nicht ihren Wohnsitz haben, müssen ihren Anmeldungen jedenfalls die legalisirte Vollmacht anschließen, wodurch sie einen in Krain domicilirenden Machthaber zur Intervenirung bei den stattfindenden Verhandlungen bestellen, widrigens auf ihre Gefahr und Kosten ein Curator bestellt werden würde.

III. Die Anmeldungen müssen vollständig und erschöpfend sein.

Der über ein Recht, welches Gegenstand der Anmeldung ist, allenfalls obschwebende Streit enthebt von der Anmeldungspflicht keineswegs; es soll jedoch diese Anmeldung bei der seinerzeitigen Entscheidung des streitigen Punctes als nicht präjudicirend angesehen werden.

Ueberdies bleibt es dem Anmelder unbenommen, bei streitigen Rechten die ihm nothwendig erscheinenden Rechtsverwahrungen in seine Anmeldung aufzunehmen.

Die Landes-Commission ist überdies verpflichtet, wenn sie in was immer für einem Wege zur Kenntniß gelangt, daß ein von Amtswegen der Ablösung oder Regulirung unterliegendes Recht nicht vollständig oder gar nicht zur Anmeldung gebracht worden ist, dem Besitzer des dienstbaren oder leistungspflichtigen Grundes dessen Anmeldung aufzutragen.

Uebrigens wird die Vollständigkeit der Anmeldungen seinerzeit durch die in Gemäßheit des kaiserlichen Patent vom 5. Juli 1853 aufzustellenden Lokalkommissionen einer genauen Prüfung unterzogen und auch die erforderliche Anordnung getroffen werden, damit diejenigen Besitzer herrschender oder bezugsberechtigter Güter, welche in den Anmeldungen allenfalls übergegangen sein sollten, in die Lage kommen, ihre Ansprüche unter Beibringung ihrer Beweismittel vor der competenten Lokalkommission zur Geltung zu bringen.

IV. Die Anmeldungen müssen sowohl nach Steuer-Gemeinden als nach leistungspflichtigen, beziehungsweise dienenden Gründen abgefordert werden.

Jede selbstständige Anmeldung hat daher alle jene der Amtshandlung von Amtswegen unterliegenden Rechte, beziehungsweise Grundlasten zu umfassen, welche allen Bezugsberechtigten in einer Steuer-Gemeinde auf demselben leistungspflichtigen oder dienenden Grunde zustehen; haften einige Rechte der zu einer Steuer-Gemeinde gehörigen Bezugsberechtigten auf dem einen, andere Bezugsrechte derselben aber auf einem anderen leistungspflichtigen Grunde, oder haften auf einem und demselben leistungspflichtigen Grunde die Rechte von Bezugsberechtigten aus zwei oder mehreren Steuer-Gemeinden, so müssen im ersteren Falle so viele abgeforderte Anmeldungen eingebracht werden, wie viele verschiedenartig belastete leistungspflichtige Gründe diesen Rechten entgegenstehen, so wie im letzteren Falle, ungeachtet der dienstbare oder leistungspflichtige Grund derselbe ist, so viele Anmeldungen überreicht werden müssen, als Steuer-gemeinden vorkommen, zu welchen die bezugsberechtigten Realitäten gehören.

V. Die Anmeldungen sind mittelst besonderer Eingaben längstens bis einschließig 15. April 1856 bei der k. k. Grundentlastungs- Ablösungs- und Regulirungs- Landes-Commission in Laibach (deren Einreichungsprotokoll sich im Landhause befindet) zu überreichen.

Die Landes-Commission hat dem säumigen Verpflichteten die Ueberreichung der Anmeldungen, sowie die Anmeldung eines bestimmten Rechtes binnen einer angemessenen Frist ausdrücklich aufzutragen, und wenn auch diese ausdrückliche Aufforderung fruchtlos bleibt, dieselbe auf dessen Kosten von Amtswegen anfertigen zu lassen.

Die Kosten sind erforderlichen Falles mit denselben Zwangsmitteln wie die Grundsteuer, durch die betreffenden Organe einzuhoben.

Eine allenfalls nothwendige Erweiterung der Edictal-Frist muß bei der Landes-Commission vor deren Ablauf angefordert, und die Nothwendigkeit derselben standhaft nachgewiesen werden.

VI. Wesentlich unvollständige oder unbrauchbare Anmeldungen werden dem Anmelder unter Feststellung einer angemessenen kurzen Frist zur Verbesserung oder Umarbeitung zurückgestellt werden. Wird diese Frist nicht zugehalten, so treffen den Saumseligen, im Falle als auch die allgemein festgesetzte Anmeldefrist schon verstrichen ist, die im Absatze V. festgesetzten Folgen der nicht rechtzeitigen Anmeldung.

II. Abschnitt.

Bestimmungen über die Provocationen zur Ablösung oder Regulirung.

I. Nur über Ansuchen eines interessirten Theiles (Provocation) sind in Gemäßheit des Allerhöchsten Patenten vom 5. Juli 1853 folgende Rechte abzulösen oder zu reguliren:

1. Alle nicht bereits im I. Abschnitte unter I. inbegriffenen Feldservituten, bei denen zwischen dem dienstbaren und dem herrschenden Gute das gütsobrigkeitliche und unterthänige Verhältniß bestanden hat, und
2. alle gemeinschaftlichen Besitz- und Benützung-Rechte auf Grund und Boden, wenn sie
 - a) zwischen gewesenen Obbrigkeiten und Gemeinden, so wie ehemaligen Unterthanen, oder
 - b) zwischen zwei oder mehreren Gemeinden bestehen.

Alle diese Rechte sind demnach solche, bezüglich welcher den Interessenten das Recht zusteht, das Ansuchen der Ablösung oder Regulirung (Provocation) einzubringen.

II. Zur Provocation ist jeder bei dem fraglichen Benützungrechte unmittelbar Beteiligte berechtigt, somit bei den vorbezeichneten Feldservituten sowohl der Besitzer des berechtigten, als auch jener des dienstbaren Gutes; bei den gemeinschaftlichen Besitz- und Benützungrechten aber die gewesenen Obbrigkeiten eines Theiles, und Gemeinden (Ortschaften) oder ehemaligen Unterthanen andern Theiles und umgekehrt, oder auch eine Gemeinde (Ortschaft) gegenüber von andern Gemeinden (Ortschaften).

Für die Unterfertigung der Provocationen gelten die im I. Abschnitte dieses Edictes unter II. a) bis einschließig f) enthaltenen Bestimmungen.

Bei gemeinschaftlichen Berechtigungen oder Verpflichtungen muß, insofern es sich darum handelt, von welchen Personen die Provocation mit Rechtswirksamkeit eingebracht werden kann, unterschieden werden:

- a) ob die Provocation eine Feldservitut oder
- b) ein gemeinschaftliches Besitz- und Benützungrecht betrifft.

In dem Falle unter a) ist jede gesetzlich zulässige Provocation auch rechtswirksam, wenn sie von allen Theilnehmern entweder der berechtigten oder duldungspflichtigen Seite eingebracht worden ist.

Wenn jedoch nur einige der berechtigten oder duldungspflichtigen Grundbesitzer die Regulirung oder Ablösung verlangen, so hat die Landes-Commission die Rechtsgiltigkeit der Provocation nach der überwiegenden Stimmenmehrheit in der Art zu beurtheilen, daß die Stimmen der Besitzer von Grundstücken, die einer gemeinschaftlichen Servitut unterworfen sind, nach dem Verhältnisse der Größe dieser Grundstücke, die Stimmen der Besitzer gemeinschaftlich berechtigter Grundstücke aber nach dem Verhältnisse des Antheiles, den jeder an der Servituts-Nutzung hat, zu berechnen sind.

Dagegen kann in den Fällen unter b) jeder Theilnehmer an einem gemeinschaftlichen Besitz- und Benützungrechte wirksam provociren und von den übrigen Theilnehmern begehren, daß er mit seinem Antheile ohne Rücksicht auf dessen Größe aus der Gemeinschaft ausgeschieden werde; nur ist die Zuthheilung seines Antheiles an dem gemeinschaftlichen Grundstücke (§. 14 C des Patenten) durch die Rücksichten des §. 5 des Patenten vom 5. Juli 1853 beschränkt.

Auf gleiche Art ist auch eine Provocation mehrerer Theilnehmer, welche selbst in Gemeinschaft bleiben wollen, gegen den oder die noch übrigen Theilnehmer zulässig.

Jedenfalls haben mehrere gemeinschaftliche Provocanten einen gemeinschaftlichen Bevollmächtigten zu bestellen, und der Provocation die Vollmacht anzuschließen.

III. Jede Provocation in Betreff der nur auf Verlangen der Parteien abzulösenden oder

zu regulirenden Feldservituten darf nur ein einzelnes bestimmtes Servitutsrecht, welches einer oder mehreren Gemeinden (Ortschaften) oder mehreren diesen Gemeinden (Ortschaften) angehörigen Personen auf dem nämlichen dienstbaren Grunde zusteht, enthalten.

Bei den Provocationen über gemeinschaftliche Besitz- und Benützungrechte ist der Grundsatz festzuhalten, daß für jeden Grundterrain, der für sich Gegenstand des gemeinschaftlichen Besitzes oder der gemeinschaftlichen Benützung ist, eine besondere Provocation eingebracht werden muß.

IV. Die Provocationen sind längstens bis einschließig 15. Juli 1856 mittelst besonderer Eingaben bei der k. k. Grundlasten-Ablösungs- und Regulirungs-Landes-Commission zu überreichen.

Wird diese Frist nicht eingehalten, so trifft den Provocanten die im §. 42 des Allerhöchsten Patenten vom 5. Juli 1853 ausgesprochene Sanction, kraft welcher derselbe die Kosten der Local-Commission, welche durch die Vornahme der zu spät angeführten Ablösung oder Regulirung veranlaßt werden, zu tragen hätte.

V. Wesentlich unvollständige Provocationen werden dem Provocanten unter Festsetzung einer angemessenen Frist zur Verbesserung zurückgestellt werden.

Erfolgt die Wiedervorlage der vervollständigten Provocation innerhalb jener Frist nicht, so ist es so anzusehen, als ob eine Provocation nie erfolgt wäre.

VI. Die einmal überreichten und angenommenen Provocationen können nach Ablauf der in diesem Edicte zur Einbringung der Provocationen festgesetzten Präklusivfrist ohne ausdrückliche Zustimmung der Provocanten nicht zurückgenommen oder widerrufen werden.

III. Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen.

I. Sowohl die Anmeldungen der von Amtswegen abzulösenden oder zu regulirenden Rechte als auch die Provocationen bezüglich der nur über Ansuchen der Parteien einer Amtshandlung unterliegenden Rechte, sind genau nach dem Unterrichte nebst den angehängten Formularen, welcher sowohl allen Ortsgemeinden als auch den Besitzern größerer Grundcomplexe insbesondere mitgetheilt wird, einzurichten, und von jenen Personen rechtsförmlich zu fertigen, die zur Einbringung derselben berufen sind.

II. Die Kundmachung dieses Edictes zieht mit Rücksicht auf die, über die vorschristmäßig verfaßten bei der Landes-Commission überreichten Anmeldungen und Provocationen vorzunehmenden Amtshandlungen der dazu berufenen Organe, folgende Rechtswirkungen nach sich:

1. Alle Jene, welche bei der in Frage stehenden Berechtigung als Besitzer der herrschenden oder bezugsberechtigten, sowie der dienenden oder leistungspflichtigen Gründe betheilt sind, sowie bei gemeinschaftlichen Besitz- und Benützungrechten, alle Theilnehmer, müssen sich in die eingeleitete ämtliche Verhandlung einlassen.
2. Gerichtliche Klagen, auf die Behauptung oder gegen die Anmaßung des Rechtes, sowie wegen der im §. 7 des Patenten vom 5. Juli 1853 bezeichneten Punkte dürfen bezüglich der von Amtswegen abzulösenden oder zu regulirenden Rechte von der Kundmachung dieses Edictes an, bezüglich der bloß über Provocation abzulösenden oder zu regulirenden Rechte aber, vom Zeitpunkte der von der Landes-Commission über die eingebrachte Provocation angeordneten Verhandlung an, nicht mehr anhängig gemacht werden.
3. Sind solche Klagen in den gedachten Zeitpunkten bereits anhängig, so ist, wenn nicht beide Parteien die Einstellung verlangen, — die Prozeßverhandlung mag sich in was immer für einem Stadium befinden und schon ein Urtheil erfolgt sein oder nicht, dem weiteren Rechtszuge freier Lauf zu lassen. In

diesem Falle müssen jedoch, wenn entweder ein Einverständnis über die Fortführung des Rechtsstreites im summarischen Wege erzielt, oder nach dem Stande des Rechtsstreites kein von einem oder dem andern Theile erworbenes formelles Recht beeinträchtigt wird, die Vorschriften über das summarische Verfahren in Anwendung gebracht werden.

Wird aber ein solcher Rechtsstreit in erster Instanz nach dem ordentlichen Verfahren weiter fortgeführt, so sind doch für den höheren Instanzenzug die Vorschriften des summarischen Verfahrens jedenfalls zu beobachten.

4. Auf die mittlerweileige Rechtsübung äußert die Anmeldung oder Provocation durchaus keine hemmende Wirkung, dieselbe hat vielmehr in ihrem bisherigen oder durch ein Provisorium der Landes-Commission (§. 37 des Patenten vom 5. Juli 1853) näher bestimmten Bestande bis zu dem, durch ein Regulirungs- oder Ablösungs-Erkenntniß bestimmten Zeitpunkte (§§. 15, 24 und 37 des Patenten vom 5. Juli 1853) fortzudauern. Es können daher auch Rechtsstreite, welche nicht das Benützungs-, Servituts- oder gemeinschaftliche Besitzrecht selbst, sondern nur die Störung im Besitze solcher Rechte oder die Art und Weise der Verabfolgung oder der Entschädigung verweigerter Nutzungen zum Gegenstande haben, sowie die auf Grund rechtskräftiger Urtheile oder gerichtlicher Vergleiche geführten Executionen nicht gehemmt werden.

III. Jede Anmeldung, welche unter der Voraussetzung eingebracht wurde, daß das angemeldete Recht von Amtswegen zu verhandeln sei, wird in dem Falle, als die Landes-Commission es nur als ein provocables erkennen sollte, zugleich als eine Provocation angesehen, wenn der Anmelder nicht ausdrücklich in seiner Anmeldung erklärt, daß sie als keine Provocation anzusehen sei. Jede Provocation hat an und für sich schon als Anmeldung zu gelten, wenn das provocirte Recht als ein solches erkannt wird, welches von Amtswegen der Regulirung oder Ablösung unterzogen werden muß.

IV. Da alle Urkunden, Schriften und Verhandlungen in Betreff der in Gemäßheit des Allerhöchsten Patenten vom 5. Juli 1853 vorzunehmenden Ablösung oder Regulirung die Stempel-Gebühren- und Portofreiheit genießen, so sind alle in dieser Beziehung an die k. k. Behörden gerichteten Eingaben auf der Titelseite und dem Couverte mit der Bezeichnung „in Grundlasten-, Ablösungs- und Regulirungs-Angelegenheiten“ zu versehen.

V. Alle Behörden, und namentlich die Steuer- und Catastralbehörden sind verpflichtet, den Parteien zum Behufe der Verfassung ihrer Anmeldungen oder Provocationen die Einsicht in die dazu nothwendigen Daten und Behelfe unter entsprechender Controlle zu gestatten, und gegen Entrichtung der normalmäßigen Gebühren auch Abschriften hievon oder Copien von Mappen hinauszugeben.

Laibach, am 15. September 1855.

Von der k. k. Grundlasten-Ablösungs- und Regulirungs-Landes-Commission.

Der k. k. Statthalter und Präsident:
Gustav Graf Chorinsky.

3. 664. a (2) Nr. 711.
E d i k t.

Bei dem k. k. Landtafel- und Grundbuchs-amte in Klagenfurt ist die Direktions-Adjunkten- und Bergbuchführers-Stelle mit dem Gehalte jährlicher 700 fl. in Erledigung gekommen.

Bewerber um diese Stelle haben ihre gehörig dokumentirten Gesuche binnen vier Wochen nach der dritten Kundmachung dieses Edictes, bei dem Präsidium des k. k. Landesgerichtes Klagenfurt zu überreichen.

Vom Präsidium des k. k. kärntn. Landesgerichtes. Klagenfurt am 11. Oktober 1855.

3. 653. a (2) Nr. 18816.

Konkurs - Kundmachung.
Kanzleiaffistenten = Stelle bei der k. k. steier.-illyr.-küstentl. Finanz-Landes-Direktion.

Im Status der k. k. steier.-illyr.-küstentl. Finanz-Landes-Direktion ist eine Kanzleiaffistenten-Stelle mit dem Jahresgehälte von 400 fl. zur Erledigung gekommen, zu deren Besetzung der Konkurs bis 1. November 1855 ausgeschrieben wird.

Bewerber um diese oder eine allensfalls zur Erledigung kommende Kanzlei-Assistenten-Stelle mit dem Jahresgehälte von 350 fl., 300 fl. oder 250 fl., haben ihre Gesuche im vorgeschriebenen Dienstwege längstens bis 1. November 1855 bei dieser k. k. Finanz-Landes-Direktion zu überreichen, und sich darin

- über ihr Lebensalter,
- Religionsbekenntniß,
- moralische und politische Haltung,
- bisherige Dienstleistung und erworbenen Kenntnisse,
- über ihre Studien und die zurückgelegte Prüfung aus der G. f. f. Kasse und Verrechnungs-Vorschriften und
- die allfälligen Sprachkenntnisse glaubwürdig auszuweisen und anzugeben, ob und in welchem Grade sie mit einem Beamten in dem Bereiche der k. k. steier.-illyr.-küstentl. Finanz-Landes-Direktion verwandt oder verschwägert sind.

Von der k. k. steier.-illyr.-küstentl. Finanz-Landes-Direktion.

Graz am 27. September 1855.

3. 654 a (2) Nr. 18305.

Konkurs - Kundmachung.

Zur provisorischen Besetzung der bei der k. k. Sammlungskasse zu Pissino (Mitterburg) erledigten Offizialenstelle mit dem Jahresgehälte von 500 fl. und der Verbindlichkeit zum Erlage einer Kautions im Gehaltsbetrage wird der Konkurs ausgeschrieben.

Bewerber um diese Stelle haben ihre gehörig dokumentirten Gesuche unter Nachweisung des Alters, des Religionsbekenntnisses, des Standes, der zurückgelegten Studien, der Sprachkenntnisse, insbesondere der italienischen Sprache, der mit gutem Erfolge bestandenen Prüfung aus den Kassavorschriften und der Staatsrechnungswissenschaft, der bisherigen Dienstleistung, dann der Kautionsfähigkeit, mit der Angabe, ob und in welchem Grade sie mit Beamten der vorerwähnten Kasse verwandt oder verschwägert sind, im vorgeschriebenen Wege bis 10. November 1855 bei der vorbenannten Sammlungskasse einzubringen.

Von der k. k. steier.-illyr.-küstentl. Finanz-Landes-Direktion. Graz am 5. Oktober 1855.

3. 659. a (2) Nr. 22449.

Konkurs - Kundmachung.

Bei dem k. k. Hauptzollamte in Triest ist eine Oberamtsoffizialenstelle mit dem Jahresgehälte von Eintausend Gulden, dann dem Quartiergelde jährlicher achtzig Gulden und der Verpflichtung zur Leistung einer Dienstkaution im Gehaltsbetrage zu besetzen.

Bewerber um diese Dienststellen, oder im Falle der Vorrückung um eine Oberamtsoffizialenstelle, mit der Besoldung jährlicher neunhundert oder achthundert Gulden, dem Quartiergelde von 80 fl. und der Verpflichtung zum Erlage einer Kautions im Gehaltsbetrage, haben ihre gehörig belegten Gesuche unter Nachweisung des Alters, Standes, Religionsbekenntnisses, ihres moralischen und politischen Verhaltens, der zurückgelegten Studien, der vollkommenen Kenntniß der deutschen und der italienischen, und wo möglich auch einer slavischen Sprache, der erworbenen praktischen Kenntnisse im Zoll-, Kassa- und Rechnungswesen, insbesondere der mit gutem Erfolge bestandenen Prüfung aus dem neuen Zollverfahren und der Warenkunde, oder der Befreiung von derselben, endlich der Kautionsfähigkeit und unter Angabe, ob und in welchem Grade sie mit Beamten des Amtsbezirk der k. k. steier.-illyr.-küstentl. Finanz-Landes-Direktion verwandt oder verschwägert sind,

im vorgeschriebenen Dienstwege längstens bis 15. November 1855 bei dem k. k. Hauptzollamte in Triest einzubringen.

Von der k. k. steier.-illyr.-küstentl. Finanz-Landes-Direktion. Graz am 8. Oktober 1855.

3. 657. a (2) Nr. 1834.

Kundmachung,

betreffend die Verpachtung der Militär-Vorspanns-Verföhrung in der Marschkation Landstraf im Militärjahre 18^{55/56}.

Am 22. Oktober 1855 zwischen 10 und 12 Uhr Vormittags wird in der Amtskanzlei des k. k. Bezirksamtes Landstraf eine öffentliche Verhandlung zur Sicherstellung der Vorspanns-Verföhrung für die Militär-Marschkation Landstraf auf die Dauer des Verwaltungsjahres 18^{55/56}, d. i. vom 1. November 1855 bis hin 1856, stattfinden.

Zu dieser Verhandlung werden die Unternehmungslustigen mit dem Besatze eingeladen, daß die nähern Pacht- und Versteigerungsbedingungen in den gewöhnlichen Amtsstunden hieramts eingesehen werden können.

Uebrigens wird bemerkt, daß dießfalls auch schriftliche Offerte angenommen werden. Diese müssen den Geldbetrag pr. Pferd und Meile genau bezeichnen, mit dem Badium pr. 200 fl. belegt sein, und vor dem Beginne der mündlichen Verhandlung längstens bis 10 1/2 Uhr Vormittags der Lizitations-Kommission hieramts übergeben werden.

K. k. Bezirksamt Landstraf am 1. Oktober 1855.

3. 656. a (2) Nr. 449.

Lizitations - Kundmachung.

Bei dem k. k. Artillerie-Posto zu Kagenberg bei Stein in Krain wird am 24. d. M. Vormittags von 9 bis 12 Uhr die ganze Einrichtung der ärarischen Mahlmühle daselbst, nämlich die sämtlichen Werkbestandtheile der aus 6 Gängen bestehenden Mühle sammt dem hiezu gehörigen Inventar, gegen gleich bare Bezahlung öffentlich versteigert werden.

Der Ausrufspreis wird durch die an Ort und Stelle vor dem Beginne der Lizitation vorgenommene Schätzung bestimmt, und die Gegenstände werden entweder theilweise oder im Ganzen veräußert.

Die erstandenen Gegenstände müssen gleich nach der Lizitation aus der Mühle geschafft werden, und das Gebäude längstens in 5 Tagen darnach ganz geräumt sein, widrigenfalls auf Kosten des Erstehers von dem Posto selbst bewirkt werden wird.

Vom k. k. Artillerie-Posto-Kommando zu Kagenberg.

3. 1576. (1) Nr. 4273.

Edikt.

Vom k. k. Bezirksgerichte Laas wird mit Bezug auf die dießfälligen Edikte vom 5. Juni und 4. September d. J., Nr. 2459 und 3740, bekannt gemacht, daß, nachdem zu der in der Exekutionssache des Josef Nadler von Krobazh, gegen Bartholmä Kraškovz von Topol, pcto. 90 fl. c. s. c., auf den 4. Oktober d. J. angeordnet gewesenen zweiten Real-Feilbietung kein Kauflustiger erschienen ist, am 5. November d. J. die dritte vorgenommen werden wird.

Laas am 4. Oktober 1855.

3. 1578. (1) Nr. 3530.

Edikt.

In der Exekutionssache der k. k. Religionsfondsherrschaft Landstraf, gegen Agnes Salofer von Kleinwurzgen, wurde die exekutive Feilbietung der gerichtlich auf 200 fl. geschätzten Dom. Realität Urb. Nr. 179 ad Landstraf in Kleinwurzgen, wegen aus dem Bescheide vom 15. September 1851, Z. 3644, schulden Laudemiums pr. 10 fl. 40 kr., der 4% Zinsen und Exekutionskosten bewilliget, und zur Bornahme derselben die Tagfagungen auf den 22. Oktober, 22. November und 20. Dezember 1855, jedesmal früh 9 Uhr am Orte des Bezirksamtes mit dem Besatze bestimmt, daß dieselbe bei der dritten Tagfagung auch unter dem Schätzwerthe an den Meistbietenden hintangegeben werden wird.

Das Schätzungsprotokoll, der Grundbuchs-extrakt und die Bedingungen können hieramts eingesehen werden.

K. k. Bezirksamt Gurksfeld, als Gericht, am 5. Oktober 1855.

3. 1593. (1) Nr. 5342. Mont.

Edikt.

Von dem k. k. Landesgerichte, als Bergsenat in Krain, wird bekannt gemacht:

Es habe in der Exekutionssache des Herrn Karl Kanig aus Wien, wider Herrn Franz Haring, die exekutive Feilbietung des, dem Herrn Franz Haring gehörigen, im Gerichtsbezirke Laß zu Pizaje liegenden, gerichtlich auf 1680 fl. bewerteten Kupferbaues bewilliget, und zu deren Bornahme im Amtsgebäude des k. k. Landesgerichtes den 20. November, 17. Dezember l. J. und den 21. Jänner l. J., jedesmal Vormittags 10 Uhr mit dem Anhang bestimmt, daß obige Montanrealität erst bei der dritten Feilbietungstagfagung auch unter dem Schätzwerthe hintangegeben werden würde.

Schätzungsprotokoll und Lizitationsbedingungen, wornach ein 10%iges Badium zu erlegen ist, stehen zu Jedermanns Einsicht in der Registratur bereit.

Laibach am 6. Oktober 1855.

3. 1590. (1) Nr. 3163.

Edikt.

Von dem k. k. Bezirksgerichte Gurksfeld wird bekannt gemacht:

Es sei in der Rechtsache des Josef Tomashin von Kerschische, gegen Anton Brodnik von Strascha bei St. Valentin, die exekutive Feilbietung der auf 515 fl. gerichtlich geschätzten Halbhube Dom. Nr. 61 ad Gut Arch, wegen aus dem Vergleiche ddo. 27. September 1854, Z. 1772, schuldigen 20 fl., der 5% Zinsen, der Gerichtskosten pr. 2 fl. und der Exekutionskosten bewilliget, und zur Bornahme derselben die Tagfagungen auf den 8. Oktober, 8. November und 10. Dezember l. J., jedesmal früh 9 Uhr im Orte der Realität mit dem Anhang bestimmt, daß dieselbe bei der dritten Tagfagung auch unter dem Schätzwerthe an den Meistbietenden hintangegeben werden wird.

Die Lizitationsbedingungen, das Schätzungsprotokoll und der Grundbuchs-extrakt erliegen hier zur Einsicht.

Anmerkung. Bei der ersten Feilbietungstagfagung ist kein Kauflustiger erschienen.

K. k. Bezirksamt Gurksfeld, als Gericht, am 10. Oktober 1855.

3. 1572. (2) Nr. 2374.

Edikt.

Von dem k. k. Bezirksgerichte Mötting wird hiemit bekannt gemacht:

Es habe die exekutive Feilbietung der, dem Marko Prebovizh, Senior, von Graß Nr. 15 gehörigen Beingärten, als: des im Grundbuche des Gutes Dklukhof sub Fol. 86 vorkommenden, in St. Jakob sammt Keller, im Werthe von 450 fl., und der beiden im Grundbuche der Herrschaft Gottschee sub Top. Nr. 54 und 57 vorkommenden, in Sodi-verch: a) im Werthe von 200 fl.; b) von 280 fl.; zur Einbringung dem Doko Hanilovizh von Sotichze, aus dem Vergleiche ddo. 24. September 1853, Z. 4686, schuldigen Betrages pr. 114 fl., der 5% Interessen Gerichts- und Exekutionskosten wird bewilliget, und auf den 18. Oktober, den 19. November und den 20. Dezember 1855, jedesmal um 9 Uhr Vormittags in loco der Realitäten mit dem Besatze angeordnet, daß dieselben binnen drei Terminen auch unter dem Schätzwerthe hintangegeben werden.

Das Schätzungsprotokoll, der Grundbuchs-extrakt können täglich hieramts eingesehen werden.

K. k. Bezirksgericht Mötting den 3. August 1855.

3. 1580. (2) Nr. 3311.

Edikt.

Vom k. k. Bezirksamte Egg, als Gericht, wird bekannt gegeben:

Es sei über Ansuchen der k. k. Finanzprokurator in Laibach, nom. des h. k. k. Aeras, die exekutive Feilbietung der, dem Josef Aabel von Glogovizh gehörigen, im Grundbuche Kreuz sub Urb. Nr. 979 und Rektif. Nr. 730 vorkommenden, und auf 993 fl. 40 kr. geschätzten Realität zu Glogovizh, wegen schuldigen Steuerrückstandes pr. 57 fl. 33 kr. c. s. c. bewilliget worden.

Zur Bornahme dieser Feilbietung werden drei Tagfagungen, und zwar: auf den 6. November, auf den 4. Dezember 1855 und auf den 5. Jänner 1856, jedesmal Vormittag um 9 Uhr in der hiesigen Gerichtskanzlei mit dem Besatze angeordnet, daß diese Realität bei der dritten Feilbietungstagfagung auch unter dem Schätzwerthe hintangegeben werden würde.

Das Schätzungsprotokoll, die Feilbietungsbedingungen und der Grundbuchs-extrakt können hiergerichts eingesehen werden.

Egg am 3. August 1855.

Z. 1540. (3) Nr. 3028.

E d i k t.

Vom k. k. Bezirksgerichte Feistritz wird bekannt gemacht:

Es sei über Ansuchen des Herrn Johann Domlabisch von Feistritz wider Anton Barbisch von Topolz mit Bescheide vom heutigen in die exekutive Feilbietung der dem Letztern gehörigen, im Grundbuche der Vikariatsgilt Prem sub Urb. Nr. 1 1/2 vorkommenden und auf 635 fl. 20 kr. bewertheten Viertelhuben, wegen schuldigen 350 fl. c. s. c. bewilliget, und es werden zu deren Vornahme die Tagsatzungen auf den 22. August, 22. September und 22. Oktober l. J., jedesmal um 10 Uhr Vormittags, in der hiesigen Gerichtskanzlei mit dem Beisügen angeordnet, daß diese Realität bei der ersten und zweiten Feilbietung nur um oder über den Schätzungswert, bei der dritten aber auch unter demselben hintangegeben werde.

Das Schätzungsprotokoll, der neueste Grundbuchsextrakt und die Lizitationsbedingungen können täglich hiergerichts eingesehen werden.

K. k. Bezirksgericht Feistritz am 29. Mai 1855.

Nachdem zur zweiten Feilbietung kein Kauflustiger erschienen ist, wird zur dritten geschritten und das Edikt republizirt.

K. k. Bezirksgericht Feistritz am 30. September 1855.

Z. 1532. (3) Nr. 4592

E d i k t.

Vom k. k. Bezirksgerichte Stein wird kund gemacht:

Es sei in der Exekutionssache des Herrn Ferdinand Marquis Gozani von Laibach, die exekutive Feilbietung der, dem Valentin Michelitsch von Wolfsbach gehörigen, im vormaligen Grundbuche des Gutes Wolfsbüchel sub Urb. Nr. 6, Refsk. Nr. 15 vorkommenden, mit dem exekutiven Pfandrechte belegten, gerichtlich auf 1129 fl. bewertheten Realität, wegen aus dem gerichtlichen Vergleiche ddo. 13. Oktober 1852, Nr. 8996, dem Herrn Ferdinand Marquis Gozani von Laibach schuldigen Laudemial-Rückstand pr. 63 fl. c. s. c., wird bewilliget, und zur Vornahme derselben drei Tagsatzungen und zwar, auf den 23. Oktober, den 23. November und den 24. Dezember l. J., jedesmal von 9—12 Uhr in der diesgerichtlichen Amtskanzlei mit dem Anhang bestimmt worden, daß die Realität nur bei der dritten und letzten Feilbietungstagssatzung auch unter dem Schätzungswert hintangegeben werden wird.

Die Lizitationsbedingungen, das Schätzungsprotokoll und der Grundbuchsextrakt können täglich in den gewöhnlichen Amtsstunden hiergerichts eingesehen werden.

K. k. Bezirksgericht Stein am 11. September 1855.

Z. 1533. (3) Nr. 2347.

E d i k t.

Vom k. k. Bezirksgerichte Stein wird hiemit bekannt gegeben, daß über Ansuchen des Johann Gollobitsch von Laibach, als Bessionär mit dem Bedenten Johann Maiditsch von Homez, zur Vornahme der exekutiven Feilbietung der, dem Primus Gebul von Homez gehörigen, im Grundbuche des Gutes Schernbüchel sub Urb. Nr. 99 vorkommenden, gerichtlich auf 1077 fl. 16 kr. geschätzten Ganzhube, wegen schuldigen 90 fl. c. s. c., die drei Tagsatzungen auf den 20. Oktober, 20. November und 20. Dezember l. J., jedesmal früh von 9—12 Uhr hieramts mit dem Anhang bestimmt, daß die feilgebotene Realität bei der ersten und zweiten Lizitation nur um oder über den Schätzungswert, bei der dritten aber auch unter demselben hintangegeben werde.

Dessen werden die Kauflustigen über Edikte, die Tabulargläubiger insbesondere der unbekannt wo befindliche Gregor Eskerjanz und Andrá Rat durch den ihnen in der Person des Franz Janeschitsch, vulgo Klemenz von Homez, beigegebenen Kurator über Rubrik mit dem Anhang verständiget, daß die Lizitationsbedingungen, die Schätzung und der Grundbuchsextrakt täglich hieramts eingesehen oder in Abschrift erhalten werden können.

K. k. Bezirksgericht Stein am 27. Mai 1855.

Z. 1534. (3) Nr. 4702.

E d i k t.

Vom dem k. k. Bezirksgerichte Stein sei über Ansuchen der Maria Wideneseg von Aich, die exekutive Feilbietung der, dem Johann Kern, vulgo Koperth von Noste gehörigen, mit dem exekutiven Pfandrechte belegten, im Grundbuche ad Domkapitel Laibach sub Urb. Nr. 34, Refsk. Nr. 26 vorkommenden, gerichtlich auf 3889 fl. 5 kr. bewertheten Ganzhube, wegen aus dem gerichtlichen Vergleiche ddo. 26. Jänner 1854, Z. 723, der Maria Wideneseg von Aich, im Bezirke Egg schuldigen Kapitale

pr. 195 fl., Interessen pr. 22 fl. 15 kr. c. s. c. bewilliget, und zur Vornahme derselben die Tagsatzung auf den 15. Oktober, den 15. November und den 15. Dezember l. J., jedesmal um 9 Uhr Vormittags in der diesgerichtlichen Amtskanzlei mit dem Anhang bestimmt, daß die Realität nur bei der dritten und letzten Feilbietungstagssatzung auch unter dem Schätzungswert hintangegeben werde, und daß der Grundbuchsextrakt, das Schätzungsprotokoll und die Lizitationsbedingungen in den gewöhnlichen Amtsstunden täglich in der hiesigen Gerichtskanzlei eingesehen werden können.

K. k. Bezirksgericht Stein am 15. September 1855.

Z. 1535. (3) Nr. 3710.

E d i k t.

Vom dem k. k. Bezirksgerichte Adelsberg wird hiemit bekannt gemacht:

Es sei in der Exekutionssache Herrn des Josef Bessel von Adelsberg, durch dessen Bevollmächtigten Herrn Karl Premier von Práwald gegen Johanna Dolles verehelichte Matzlagen von Hrasche, wegen aus dem Urtheile ddo. 29. August 1854, Z. 3007, schuldigen 1600 fl. c. s. c., die exekutive Feilbietung der, der Letztern gehörigen, in Hrasche liegenden, im Grundbuche der Reichsdomäne Adelsberg sub Urb. Nr. 1067 1/4 und 1085 vorkommenden, gerichtlich auf 4567 fl. 40 kr. bewertheten Realitäten bewilliget, und es sind zu deren Vornahme drei Feilbietungstagssatzungen, als auf den 23. August, 24. September und 24. Oktober l. J., jedesmal früh 9 Uhr, in der hiesigen Gerichtskanzlei mit dem angeordnet worden, daß diese Realitäten nur bei der ersten oder zweiten Feilbietung um oder über den Schätzungswert, bei der dritten aber auch unter demselben hintangegeben werden.

Das Schätzungsprotokoll, die Grundbuchsextrakte und die Lizitationsbedingungen können täglich hieramts eingesehen werden.

Anmerkung: Zur ersten und zweiten Feilbietung ist kein Kauflustiger erschienen.

K. k. Bezirksamt Adelsberg, als Gericht, am 6. Oktober 1855.

Z. 1536. (3) Nr. 3711.

E d i k t.

Vom k. k. Bezirksgerichte Adelsberg wird hiemit bekannt gegeben:

Es sei in der Exekutionssache des Herrn Josef Bessel von Adelsberg, durch dessen Bevollmächtigten Herrn Karl Premier, gegen die Eheleute Jakob und Maria Poghlar von Adelsberg, wegen aus dem gerichtlichen Vergleiche ddo. 25. Juni 1853, Z. 4262, schuldigen 712 fl. c. s. c. die exekutive Feilbietung der den Exekuten gehörigen, in Adelsberg und Salloch liegenden, im Grundbuche der Reichsdomäne Adelsberg sub Urb. Nr. 103 1/2 und 159 1/4 vorkommenden, gerichtlich auf 1749 fl. 40 kr. bewertheten Realitäten bewilliget, und es sind zu deren Vornahme drei Feilbietungstagssatzungen, als auf den 27. September, 27. Oktober und 27. November d. J., jedesmal früh 9 Uhr, in hiesiger Gerichtskanzlei mit dem angeordnet worden, daß diese Realitäten nur bei der ersten oder zweiten Feilbietung um oder über den Schätzungswert, bei der dritten aber auch unter demselben hintangegeben werden.

Das Schätzungsprotokoll, der Grundbuchsextrakt und die Lizitationsbedingungen können täglich hieramts eingesehen werden.

Anmerkung: Zur ersten Feilbietung ist kein Kauflustiger erschienen.

K. k. Bezirksamt Adelsberg, als Gericht, am 6. Oktober 1855.

Z. 1537. (3) Nr. 1857.

E d i k t.

Vom k. k. Bezirksamte Gottschee, als Gericht, wird hiemit bekannt gemacht:

Es sei die exekutive Feilbietung der den Eheleuten Mathias und Agnes Schneider gehörigen, zu Tiesenträther sub Haus Nr. 12 gelegenen, im Grundbuche von Gottschee sub Tom. IX, Fol. 1296, Refsk. Nr. 759 vorkommenden, lauz. Schätzungsprotokolle vom 5. März l. J., Z. 1060, auf 312 fl. 30 kr. bewertheten 1/4 Urbarschube, zur Herinbringung der Forderung des Georg Kresse von Kleindorf aus dem gerichtlichen Vergleiche ddo. 17. November 1853, Z. 8229, per 70 fl. nebst 5% Zinsen seit 8. Juni 1852, Klagskosten per 56 kr. und anerlaufenden Exekutionskosten bewilliget und zu deren Vornahme die Tagsatzung auf den 22. August, 19. September und 17. Oktober l. J., jedesmal von 10—12 Uhr Vormittags im Amtssitze mit dem Beisügen angeordnet worden, daß die Realitäten bei der ersten und zweiten Tagsatzung nur um oder über den Schätzungswert, bei der dritten aber auch unter demselben werden hintangegeben werden.

Hieron werden die Kauflustigen mit dem verständiget, daß jeder Lizitant als Badium 10% des

Schätzungswertes zu Handen der Lizitations-Kommission zu legen habe, und daß das Schätzungsprotokoll, die Lizitationsbedingungen und der Grundbuchsextrakt hiergerichts eingesehen werden können.

K. k. Bezirksamt Gottschee, als Gericht, am 20. April 1855.

ad Nr. 4942.
Nachdem bei der ersten und zweiten Feilbietungstagssatzung kein Anbot erfolgte, wird die dritte auf den 17. Oktober l. J. angeordnete vor sich gehen.

K. k. Bezirksamt Gottschee, als Gericht, am 19. September 1855.

Z. 1538. (3) Nr. 3118.

E d i k t.

Vom dem gefertigten k. k. Bezirksgerichte wird bekannt gemacht:

Man habe in der Exekutionssache des Herrn Karl Hofer von Schneeberg, gegen Anton Kautschitsch von Sagurie, pcto. 33 fl. 31 kr. c. s. c., in die exekutive Feilbietung der gegnerischen, im Grundbuche der Herrschaft Prem sub Urb. Nr. 13 vorkommenden, gerichtlich auf 2766 fl. 40 kr. bewertheten Halbhuben gewilliget, und es werden zu deren Vornahme die Tagsatzungen auf den 22. August, 22. September und 22. Oktober l. J., jedesmal um 10 Uhr Vormittags, in der hiesigen Gerichtskanzlei mit dem Beisügen angeordnet, daß diese Realität bei der ersten und zweiten Feilbietung nur um oder über den Schätzungswert, bei der dritten aber auch unter demselben hintangegeben werde.

Das Schätzungsprotokoll, der Grundbuchsextrakt und die Lizitationsbedingungen können täglich hieramts eingesehen werden.

K. k. Bezirksgericht Feistritz am 3. Juni 1855.

Nr. 5587.
Nachdem zur zweiten Feilbietung kein Kauflustiger erschienen ist, wird zur dritten geschritten und das Edikt republizirt.

K. k. Bezirksgericht Feistritz am 30. September 1855.

Z. 1575. (2) Nr. 5434.

E d i k t.

Vom dem k. k. Bezirksamte Feistritz, als Gerichte, werden Diejenigen, welche als Gläubiger an die Verlassenschaft des am 30. August l. J. ohne Testament verstorbenen Halbhüblers Josef Novak von Grafenbrunn Nr. 26 eine Forderung zu stellen haben, aufgefordert, bei diesem Gerichte zur Anmeldung und Darthnung ihrer Ansprüche am 7. November l. J. früh 9 Uhr zu erscheinen, oder bis dahin ihr Gesuch schriftlich zu überreichen, widrigens denselben an die Verlassenschaft, wenn sie durch Bezahlung der angemeldeten Forderungen erschöpft würde, kein weiterer Anspruch zustände, als insoferne ihnen ein Pfandrechte gebührt.

K. k. Bezirksamt Feistritz, als Gericht, am 8. Oktober 1855.

Z. 1571. (2) Nr. 3397.

E d i k t.

Vom k. k. Bezirksgerichte Gottschee wird bekannt gegeben, daß in der Exekutionssache des Herrn Karl Pachner von Laibach, wider Johann Petsche von Setesch Nr. 11, die exekutive Feilbietung der im Grundbuche Gottschee sub Refsk. Nr. 804 vorkommenden 1/4tel Urbarschube, im Schätzungswert von 700 fl., wegen aus dem gerichtlichen Vergleiche vom 28. Juni 1851, Z. 4381, noch schuldiger 157 fl. c. s. c. bewilliget, und zu deren Vornahme drei Termine, auf den 2. November, den 7. Dezember 1855 und den 4. Jänner 1856, jedesmal früh von 10—12 Uhr im Amtssitze mit dem anberaumt werden, daß die Realität erst bei dem letzten Termine auch unter dem Schätzungswert hintangegeben werde.

Das Schätzungsprotokoll, der Grundbuchsextrakt und die Lizitationsbedingungen, unter welchen die Verbindlichkeit zur Einlage eines Badiums per 80 fl. sich befindet, können hiergerichts eingesehen werden.

K. k. Bezirksgericht Gottschee am 16. Juli 1855

Z. 1574. (2) Nr. 4272.

E d i k t.

Vom k. k. Bezirksgerichte Laas wird mit Bezug auf die diesämtlichen Edikte von 30. Mai und 4. September d. J., Nr. 2367 und 3741, bekannt gemacht, daß, nachdem zu der in der Exekutionssache des Matthäus Petrich von Eskerloviza, gegen Bartholomä Kraschewz von Topol, pcto. 64 fl. c. s. c., auf den 4. Oktober d. J. angeordnet gewesenen zweiten Real-Feilbietung kein Kauflustiger erschienen ist, am 5. November 1855 die dritte vorgenommen werden wird.

Laas am 4. Oktober 1855.